



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

17. Jg. Nr. 3
11. Juli 2011

Editorial Hassmails

Heute hat das Editorial kein schönes Thema: In vielen Teilen der Gesellschaft und Kirche ist der Ton rauer geworden ist. Internet und E-Mail führen nicht nur zu einer Beschleunigung und zu einer Veränderung des kommunikativen Verhaltens – sie führen, vor allem am rechten Rand von Gesellschaft und Kirche, zu einer beachtlichen, ja einer bedrückenden Verschärfung der Tonlage. Da gibt es üble Verrohung des sprachlichen Umgangs, vom plumpen Anpflaumen per Mail bis zur offenen Verachtung auf Internetseiten. Da gibt es unverschämte Lüge über Bischöfe, Priester und Laien, Ehrabschneidung und Missachtung von Anstand und Ehrlichkeit, Verzerrung der Wirklichkeit mit dem einzigen Ziel, die Atmosphäre zu vergiften. Da gibt es blanken Hass, der sich des Mittels der anonymen Hetze bedient. All dies in öffentlichen anonymen Internetportalen wie [kreuz.net](#) und in zahllosen Blogs verschiedener Agitatoren. Und niemand, auch nicht unser Papst, ist davor gefeit, mit Dreck beworfen zu werden. Das pure Verschweigen solch aggressiven Hasses ist keine Lösung.

Es ist Zeit zu handeln. Erstens: Keine Chance der anonymen Verunglimpfung! Anonyme Mails oder Schreiben sollte man sofort vernichten. Zweitens: Wir müssen aktiver gegensteuern – Richtigstellungen einfordern, Falschmeldungen korrigieren, der Wahrheit Recht verschaffen. Das kostet Aufwand, Geld und Zeit. Aber soll die Lüge triumphieren? Drittens: Im eigenen Kommunikationsverhalten fair und sachlich bleiben. Alois Glück hat darauf hingewiesen, dass manche Auseinandersetzung in der Kirche schärfer geführt wird als vergleichbarer Streit in der Politik. Das ist eine Mahnung für jeden Katholiken und Bürger zu Fairness, Sachlichkeit und – nicht zuletzt – zu menschlichem Anstand. [Stefan Vesper](#)

Inhalt

- Das Kreuz bleibt –
Europa wandelt sich** _____ 2
Ein bleibender Auftrag für Christen
[Clemens Ladenburger, Sigrid Schraml](#)
- Zukunft einkaufen –
Weichen stellen für eine
glaubwürdige Kirche** _____ 4
Ein ökumenisches Projekt
[Thomas Kamp-Deister](#)
- Soziale Lebenslaufpolitik** _____ 6
Die moderne Arbeitswelt als gesellschafts-
politische Herausforderung
[Jutta Hinrichs](#)
- Wie leben mit Erinnerungen, die man
kaum erträgt?** _____ 7
Zu den psychosozialen Folgen von
Systemunrecht
[Thomas Hoppe](#)
- Bürgerschaftliches
Engagement von Katholiken** _____ 9
Eine Initiative von ZdK-Mitgliedern
[Theodor Bolzenius](#)
- Von Schafen und Hirten** _____ 10
Zum Verhältnis von Laien und Priestern
[Stefan-B. Eirich](#)
- Projekt: "in9monaten.de"** _____ 12
[Ulla Fricke](#)

2 Europa Kreuzurteil

Das Kreuz bleibt – Europa wandelt sich

Ein bleibender Auftrag für Christen

Das Kammerurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Fall Lautsi vs. Italien hatte 2009 wahre Proteststürme in ganz Europa ausgelöst. Der Gerichtshof hatte in der Anbringung von Kreuzen in öffentlichen Schulen einen Verstoß gegen Art. 2 Protokoll Nr. 1 (Recht auf Bildung) sowie Artikel 9 (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit) gesehen. Am Revisionsverfahren vor der Großen Kammer beteiligte sich auch das ZdK – und bekam im Urteil des EGMR vom 18. März recht.

Angestoßen durch eine Debatte in der ZdK-Vollversammlung wurde die Idee einer Drittintervention im europäischen Laien-Netzwerk Initiative Christen für Europa (IXE) sowie mit dem Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin eingehend diskutiert. Während der Gedanke bei IXE unmittelbar positive Resonanz fand, bestanden von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz zunächst Vorbehalte, da man negative Auswirkungen auf die deutsche Rechtslage fürchtete.

Gründe

Vor allem vier Erwägungen gaben schlussendlich den Ausschlag zugunsten der Drittintervention des ZdK im europäischen Laienverbund:

In dem Verfahren ging es letztlich um mehr als "nur" das Anbringen von Kreuzen in Schulen. Dahinter verbarg sich vielmehr die Frage nach der Prägekraft des Christentums und seiner Präsenz im öffentlichen Raum unserer Gesellschaften in Europa.

Eine Stellungnahme von christlicher Seite war nötig, um dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verdeutlichen, welche theologische Bedeutung das Kreuz hat und welche Botschaft von ihm für Christen ausgeht – und auch für Nicht-Christen ausgehen kann. Dies war insofern bedeutsam, als die italienische Regierung versucht hatte, das Kreuz als rein kulturelles Traditionssymbol zu verharmlosen.

Um glaubwürdig zu verdeutlichen, dass die Präsenz von Kreuzen ein Grundanliegen vieler christlicher Bürger in ganz Europa ist, schienen zum einen Laienorganisationen eher berufen als die Amtskirche selbst. Zum anderen war zu erwarten, dass eine pan-europäische Stellungnahme repräsentativer Organisationen aus der Mitte der Gesellschaft mit eindeutigem Bekenntnis zur europäischen Integration eine größere Wirkung entfalten würde. Den zu erwartenden ultrakonservativen Kräften durfte man nicht das Feld überlassen.

Begründung

Der Schriftsatz von europäischen Katholiken brachte besonders die folgenden Argumente vor:

Dem Kreuz kommt eine plurale Bedeutung zu: zum einen als Emblem christlich geprägter Kultur und Tradition, vor allem aber als zentralem religiösen Symbol des Christentums, das Werte wie Menschenwürde und Toleranz versinnbildlicht – Werte also, die denen der Menschenrechtskonvention entsprechen, ja ihr zugrunde liegen.

Das Anbringen von Kreuzen ist ein passiver Akt, der weder einer indoktrinierenden Missionierung gleichkommt noch dazu angetan ist, Schüler emotional zu verstören oder am kritischen Denken zu hindern, wie im Kammerurteil angeklungen war.

Europa zeichnet eine große religiöse und kulturelle Vielfalt sowie eine enorme Diversität an Staats-Kirchen-Verhältnissen aus. Daher ist ein nationaler Ermessensspielraum unabdingbar, innerhalb dessen die Vertragsstaaten einen angemessenen Ausgleich finden können: zwischen verschiedenen Grundrechtspositionen, aber auch zwischen den Rechten Einzelner und dem legitimen Interesse des Gemeinwesens, seine eigene religiöse Wertegrundlage zu pflegen, gerade damit ein respektvolles Miteinander der Kulturen in der modernen Gesellschaft dauerhaft gelingt ("diversity management").

Aus der negativen Religionsfreiheit folgt kein Recht auf Nicht-Konfrontation mit religiösen Symbolen in der Öffentlichkeit.

Europa Kreuzurteil

Das Urteil der Großen Kammer

Mit bemerkenswerter Klarheit revidierte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sein Urteil von 2009. Vor allem betonte er den Ermessenspielraum der Mitgliedstaaten: Ihnen bleibt weiterhin überlassen, welchen Stellenwert sie der Religion auf dem Gebiet der Erziehung und des Unterrichts beimessen, solange ein religiöser Pluralismus gewahrt bleibt und keine religiöse Indoktrination stattfindet. Eine solche konnte der Gerichtshof nicht erkennen. Dabei anerkannte er das Kreuz ausdrücklich als zuvörderst religiöses Symbol.

Bedeutung des Urteils

Das Urteil stellt eine eindeutige Absage an die problematischen Aussagen der Kammer dar. Äußerst bedeutsam dabei: Es ist – anders als viele andere Grundsatzurteile – von einer breiten Mehrheit der Richter (15:2) getragen. Dies lässt keine Infragestellung der Entscheidung in nächster Zukunft erwarten. Bemerkenswert ist der "self-restraint" des Gerichtshofs gegenüber den Vertragsstaaten unter Hinweis auf die große Vielfalt und den fehlenden Konsens in Europa über die Präsenz religiöser Symbole in Schulen. Hier hatte er ersichtlich die politische Akzeptanz der Europäischen Menschenrechtskonvention im Auge; das verbreitet kritische öffentliche Echo auf das Kammerurteil hatte also seine Wirkung ebenso wenig verfehlt wie die Drittinterventionen von 10 Staaten und eben auch von ZdK/SSF/ACLI. Aus juristischer Perspektive ist weiter interessant, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte – anders als die meisten nationalen Gerichte, so auch das Bundesverfassungsgericht im bayerischen Kruzifixstreit – es vermeidet, das Schulkreuz überhaupt als Grundrechtseingriff zu werten.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte respektiert also die europäische Vielfalt im staatlichen Umgang mit Kirchen und religiösen Symbolen. Das lässt den nötigen Raum für die historisch gewachsene, gegenüber den Kirchen wohlwollende, fördernde Neutralität des deutschen Staates ebenso wie für strikte Laizitätsmodelle wie z. B. in Frankreich.

Nichtsdestoweniger wird auch in Deutschland die gesellschaftspolitische Debatte um den rechten Umgang mit Religion an sich und mit nicht-christlichen Religionen in

der Öffentlichkeit weitergehen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erkennt an, dass die Bewahrung christlichen Erbes und weltanschaulicher Pluralismus sich nicht ausschließen, sondern ergänzen können. Doch wie vor kurzem der tschechische Theologe Tomáš Halík ganz richtig sagte, macht die Präsenz des Kreuzes allein Europa nicht christlicher.

Ermutung und Auftrag für Christen

Welche Bedeutung hat das Urteil für die Zukunft angesichts des gesellschaftlichen Wandels hin zu pluraleren, individualistischeren Gesellschaften und angesichts von Glaubens- und Kirchenkrise? Trotz oder gerade infolge der Säkularisierung und bedingt durch die Auseinandersetzung mit einer stärkeren islamischen Präsenz hat Religion in der öffentlichen Diskussion an Bedeutung hinzugewonnen (religiöse Bekleidungs Vorschriften, Moscheebauten, Sonntagsschutz, Schutz religiöser Minderheiten etc.), rekurrieren zugleich Kirchen und Politik immer häufiger auf das jüdisch-christlich Erbe Europas als Fundament des demokratischen Rechtsstaates und der Werte, für die er steht. Astrid Reuter von der Universität Münster spricht hier von "nachholender Identifikation mit dem christlichen Erbe".

Wir dürfen jedoch nicht in eine Haltung verfallen, die sich in kulturell-religiöser Traditionspflege und Beschwörung des christlichen Erbes im Sinne einer musealen Vergangenheit erschöpft. Wir dürfen auch nicht unsere europäische Identität in Ab- und Ausgrenzung anderer Religionen und Weltanschauungen sehen. Vielmehr ist unser aktives und glaubwürdiges Zeugnis, das Ernstnehmen der Botschaft, die vom Kreuz ausgeht, gefordert – die auch eine anstößige, unbequeme, provozierende Botschaft ist, die immer wieder Weiterentwicklung und Erneuerung verlangt. In diesem Sinne dürfen wir uns nicht nur über das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte freuen, und dies zu Recht, sondern müssen es auch als Mahnung und Auftrag begreifen – dazu verpflichtet uns unser christliches Erbe!

| [Dr. Clemens Ladenburger](#) |
Mitglied des ZdK, Brüssel

| [Sigrid Schraml](#) |
Referentin im Generalsekretariat des ZdK

Zukunft einkaufen – Weichen stellen für eine glaubwürdige Kirche

Ein ökumenisches Projekt

Zur Entwicklung eines neuen und nachhaltigen Lebensstils gehört die Entscheidung bewusster einzukaufen, Quantitäten und Qualitäten neu zu beurteilen, die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen einer Kaufentscheidung abzuwägen. Die christlichen Kirchen in Deutschland sollen durch ihr Einkaufsverhalten mit gutem Beispiel vorangehen. Mit einem neuen Managementsystem soll der Versuch gemacht werden, kirchliche Institutionen, Einrichtungen und Gemeinden beim ökologischen, fairen und wirtschaftlichen Einkaufsverhalten zu unterstützen.

Umweltkatastrophen verheerenden Ausmaßes nehmen zu. Internet, Fernsehen, Zeitungen und Radiosendungen lösen mit Bildern und Berichten leidender Menschen weltweite Wellen punktueller Solidarität aus. Benedikt XVI. ruft zu einer radikalen ökologischen Wende auf. In seiner Botschaft zum katholischen Weltfriedenstag am 1. Januar 2010 mahnt er, zu neuen Lebensweisen zu finden und die "Logik des Konsums" hinter sich zu lassen. Kann es einer Kirche, die über Missbrauch, Zusammenlegung von Gemeinden und Priestermangel jahrzehntelang oft erbittert und zum Teil schon verbittert diskutiert, noch gelingen, ihrem missionarischen Auftrag eines neuen Lebensstils nachzukommen, voranzugehen und eine zukunftsweisende Visions-Rolle zu übernehmen?

Das Projekt

In dem Projekt "Zukunft einkaufen – glaubwürdig wirtschaften in den Kirchen", das unter der Schirmherrschaft von Alois Glück durch die Umweltbeauftragten der evangelischen und katholischen Kirchen in Deutschland entwickelt und für Caritas und Diakonie in den nächsten Jahren weiterentwickelt wird, ist der Versuch gemacht worden, den kirchlichen Einrichtungen in Deutschland durch ein neues Managementsystem ein ökologisches, faires, aber auch wirtschaftliches Handeln nahezubrin-

gen. Das Projekt wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt unterstützt.

Kriterien

Es ist ein Unterschied, ob wir "grünen Strom" oder "normalen Strom", "Recyclingpapier" oder "normales Papier", "ökofairen Tee" oder "konventionellen Tee" kaufen. Mit jedem Euro, den wir ausgeben, entscheiden wir mit, wie unsere Welt und das Leben in ihr zukünftig aussieht. Ob weitere Kohlekraftwerke entstehen oder Windräder, ob Wälder abgeholzt oder erhalten werden, ob Familien ihren Kindern eine Perspektive geben können und in Entwicklungsländern Schulen gebaut werden können. "Zukunft einkaufen – glaubwürdig wirtschaften in den Kirchen" will einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der kirchlichen Beschaffung leisten. Dies betrifft die Qualität und die Menge der eingesetzten Produkte und die Verbesserung der Beschaffungsstrukturen.

Verhaltensänderung

Durch gezielte Nachfrage von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen unterstützen die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland "öko-faire Marktsegmente". Die christlichen Kirchen in Deutschland kaufen jährlich Produkte im Wert von mehr als 60 Mrd. Euro ein: vom Computer, Auto und Büromöbeln bis hin zu Baumaterialien. Dem Klimaschutz nützt diese enorme Einkaufsmacht jedoch nicht: Die Einkäufer christlicher Verwaltungen, Gemeinden, Schulen oder Krankenhäuser schauen zuerst auf den Preis. Energieverbrauch oder andere ökologische Kriterien zählen nur bei wenigen Beschaffern. Das Ziel des Projektes "Zukunft einkaufen" ist es, durch "Volumenverminderung", "Volumenbündelung", "Entwicklung von Qualitätsstandards (Label)" und gezielten Einkauf den Markt zu verändern. An diesem gemeinsamen Ziel arbeiten 200 evangelische und katholische Einrichtungen Deutschlands.

Bestandsaufnahme

In den letzten drei Jahren ist ein Managementtool entstanden, das kirchlichen Einrichtungen beim ethischen Einkauf hilft. Der erste Schritt ist die Bestandsaufnahme, in der es darum geht, die Beschaffungssituation in

Lebensstil Einkaufen

der Einrichtung zu erfassen, sodass auf dieser Grundlage ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess möglich wird. Dabei geht es nicht nur um die verbesserte Beschaffung, sondern auch um ökonomische Einsparungen. Denn vor der Verbesserung der Qualität steht die Verbesserungsoptimierung der Quantität. Wer mitreden will, muss die Ausgangslage gut kennen. Bei dieser Bestandsaufnahme wird die bestehende Beschaffungspraxis der Einrichtung systematisch untersucht. Bereits vorhandene Einkaufsrichtlinien sowie offizielle und auch inoffizielle Standards werden betrachtet. So werden Stärken, Schwächen und auch Bereiche mit vordringlichem Handlungsbedarf sichtbar. Entscheidend ist bereits an dieser Stelle die bereichsübergreifende Diskussion unter haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern über das Einkaufs- und Konsumverhalten der Einrichtung, die durch die Bestandsaufnahme angeregt wird.

Problemanalyse

Im zweiten Schritt nach einer abgeschlossenen Bestandsaufnahme geht es um das Erkennen von Problem-bereichen und die Entwicklung individueller Verbesserungsstrategien. Im Team der Einrichtung, aber auch mit der Hilfe externer Moderatoren und Referenten werden Ergebnisse gesichtet und bewertet. Am Schluss dieser Bewertung steht die Kennzahlentabelle. In dieser Kennzahlentabelle sind die zentralen Ergebnisse der Bestandsaufnahme dargestellt und die Leitung der Einrichtung bekommt oft zum ersten Mal einen Überblick über die Schwerpunkte der Beschaffung in der eigenen Einrichtung. Aus der Situation ergibt sich Handlungsbedarf bei den Mengen, dem Volumen und der Qualität. Dieser Prozess ist wichtig und aufschlussreich. Hier werden Managemententscheidungen gefällt. Es entsteht eine Liste von Sofortmaßnahmen, die in einem Portfolio analysiert werden. Die Einrichtung lernt, Schwerpunkte zu setzen.

Blick auf die eigene Institution

Der dritte Schritt beschäftigt sich mit den Schwächen, aber auch Stärken der Einrichtung. Mit neuem Wissen können die Leitungsmitarbeiter einen Maßnahmenplan aufstellen, der Verbesserungen aufzeigt und planbar macht. Die Arbeit an einem solchen Verbesserungsprogramm ist Teamarbeit zwischen Leitung und Mitarbeitern.

In dieser Phase entwickeln die Mitarbeiter gemeinsam mit der Leitung oft ein neues Verständnis für ihre Rolle.

Strukturen schaffen

Im vierten Schritt, der ökologisch fairen Beschaffung geht es darum, notwendige Strukturen zu schaffen. Zunächst sollte festgelegt werden, wer auf der entsprechenden Ebene für die Beschaffung zuständig ist. In jeder Einrichtung sollte es einen Beauftragten geben, der die Einkäufe koordiniert. Dies kann eine Einzelperson sein, aber in großen Einrichtungen ist es oft eine Delegation auf verschiedene Zuständigkeiten. Dazu gehört auch eine Verabschiedung einer Beschaffungssatzung, die in allen Einzelheiten den Prozess der Beschaffung regelt, und dazu gehören Lieferanten, die festlegen, wer in welchem Bereich liefert und wie die Qualität geprüft wird. Nach diesem vierten Schritt steht in der Einrichtung ein sich selbst tragendes Beschaffungssystem, das durch Sachkenntnis und durch Identifikation der Mitarbeiter mit der eigenen Einrichtung geprägt ist.

Der Gewinn

Im fünften Schritt zieht die Einrichtung aus ihrem Prozess ihre Gewinne. Einerseits ist der Einkauf und die Beschaffung optimiert, oft werden finanzielle Einsparungen bis zu einem Viertel erzielt, bei gleichzeitigem Gewinn in der Qualität. Nun ist es an der Zeit, nicht nur die Mitarbeiter, sondern auch die Lieferanten, die Mitglieder der Kirchengemeinden, die Referenten, die Spender und auch die internationalen Partner zu informieren. "Zukunft einkaufen – glaubwürdig wirtschaften in Kirchen" wird zum dekorativen Aushängeschild der Mitarbeiter der Einrichtung, vielleicht aber auch mit der Unterstützung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ein neues Markenzeichen für zukunftsfähigen Katholizismus.

| Thomas Kamp-Deister M.A. |

Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Deutschen (Erz-) Diözesen, Projektleiter "Zukunft einkaufen!", Fachbereichsleiter Umwelt, Arbeit, Ehrenamt an der LVHS Freckenhorst bei Münster

Soziale Lebenslaufpolitik

Die moderne Arbeitswelt als gesellschaftspolitische Herausforderung

Es ist unumstritten: Bei allem gesellschaftlichen Wandel, den wir derzeit erleben, stellt nach wie vor Arbeit einen ganz zentralen Bezugspunkt im Leben der Menschen dar. Gesellschaftliche Integration erfolgt maßgeblich über Teilhabe an der Arbeitswelt. Der Wandel der modernen Arbeitswelt stellt eine enorme gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar – für Arbeitgeber und Beschäftigte, junge und ältere Menschen, Frauen und Männer.

Während wir seit einigen Monaten ein "Jobwunder" erleben, befinden sich zeitgleich immer mehr Menschen – auch solche mit Qualifikationen – in atypischen, niedrigbezahlten Beschäftigungsverhältnissen. Diese zwiespältige Situation am Arbeitsmarkt muss uns als Christen ein Alarmsignal sein und immer wieder neu auf den Plan rufen. Das ZdK hat deshalb das Thema "Die Arbeitswelt von morgen" auf seine Agenda gesetzt, unter anderem in der Vollversammlung im Mai in Erfurt. Das Thema Arbeit ist einer der Hauptbezugspunkte der Katholischen Soziallehre und daher dem ZdK schon von jeher ein zentrales Anliegen. Auch die vielen Initiativen aus Verbänden und Räten zeigen, dass sich katholische Laien vor Ort ganz konkret den Herausforderungen der Arbeitswelt stellen.

Alle Potentiale nutzen

Es ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenzahlen konjunkturbedingt und vor allem wegen des prognostizierten Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials (= Zahl derjenigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen) weiter sinken wird. Doch den demographischen Wandel als Lösung aller Arbeitsmarktprobleme zu sehen, wäre zu kurz gegriffen. Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, machte in ihrem Vortrag vor der Vollversammlung des ZdK deutlich, dass auch genau hier der Schwachpunkt der aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik liegt. Sie stelle sich dem demographischen Wandel nicht in dem Maße, das nötig wäre, um die Folgen des schrumpfenden und alternden

Erwerbspersonenpotenzials aufzufangen. Die Arbeitswelt von morgen müsse alle Potenziale nutzen. Als vorrangige Aufgaben sieht Allmendinger den Abbau von Bildungsarmut und eine stärkere Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Das ZdK sieht eine große Chance in dem Ansatz, den Arbeitsmarkt von seinen Potenzialen aus zu betrachten. Vom christlichen Menschenbild ausgehend sollen gerade die Menschen in den Fokus rücken, die als die "Problemgruppen" am Arbeitsmarkt gelten: Geringqualifizierte, ältere Arbeitnehmer und Migranten. Durch die Krise habe sich der Blick verändert, so Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende und Mitglied des ZdK, in der Vollversammlung. Während Arbeitnehmer vor der Krise nur als "Kostenfaktor" betrachtet worden seien, sähen Arbeitgeber nun zunehmend die Potenziale Integration in den Arbeitsmarkt. Damit könne es gelingen, die altbekannten Grundsätze der Katholischen Soziallehre "Kapital ist auf die Arbeit angewiesen" und "Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen" wieder neue Geltung zu verschaffen.

Soziale Lebenslaufpolitik

Doch dieser Ansatz ist alles andere als einfach. Denn die Verknüpfungen von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozial-, Familien- und Geschlechterpolitik wollen gut bedacht sein. Ziel ist eine konsistente Gesellschaftspolitik. Der Sachbereich 3 "Gesellschaftliche Grundfragen" des ZdK hat sich zum Ziel gesetzt, hierfür ein neues, sozial-ethisch fundiertes Gesamtkonzept vorzulegen. Dabei möchte er von dem Konzept der "Sozialen Lebenslaufpolitik" ausgehen, um der zunehmenden Pluralität von Lebensentwürfen und Lebensverläufen unter den Bedingungen des demographischen Wandels gerecht zu werden. Lebenslaufperspektive und christliche Sozialethik können sich dabei wechselseitig inspirieren und bieten damit eine gute Chance für eine zeitgemäße "Übersetzung" des Anspruchs, Gesellschaft nach den Prinzipien der Personlichkeit, der Solidarität und der Subsidiarität sowie der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu gestalten.

| **Jutta Hinrichs** |

Referentin im Generalsekretariat des ZdK

Unrecht Erinnerung

Wie leben mit Erinnerungen, die man kaum erträgt?

Zu den psychosozialen Folgen von Systemunrecht

Auch zwanzig Jahre nach dem Ende des Kommunismus und seiner Herrschaftsformen sind zahllose Menschen auf unterschiedliche Weise mit deren Folgen konfrontiert. Die Opfer staatlicher Repressionsmaßnahmen hatten das schwerste Schicksal zu ertragen. Soll Versöhnung gelingen, müssen Opfer – neben der individuellen Rehabilitierung und Entschädigung – aktiv in den Prozess der gesellschaftlichen Aufarbeitung einbezogen werden.

Zwar waren etwa in der DDR nach der Ära des Stalinismus, vor allem aber nach der Einigung auf die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Jahr 1975 physische Formen von Gewaltanwendung kein Mittel der Wahl mehr, wenngleich eine derartige Praxis damit noch lange nicht gänzlich endete.

Zersetzung der Person

Psychische Gewalt in ihren subtilen wie brutalen Erscheinungsformen wurde dafür von den Betroffenen umso häufiger erlebt, etwa in Konzeptionen zur "Zersetzung" einer Person, die auf deren soziale Isolierung, Desorientierung und auf ihre Diskreditierung gerichtet waren. Die Anwendung solcher Methoden hatte in vielen Fällen lange nachwirkende psychische Schädigungen zur Folge. Berufliches Fortkommen und eine annähernd normale Lebensführung wurden auch für diejenigen vielfach unmöglich, denen Inhaftierung und Gefängnisstrafen erspart blieben. Nach dem Ende der DDR ergaben sich daraus bleibende Benachteiligungen, die durch eine strafrechtliche Rehabilitierung und Versuche, mit Hilfe entsprechender Gesetze einen Teil des erlittenen Unrechts zu entschädigen, nicht ausgeglichen werden können.

Verstrickung

Überaus schmerzliche Wunden blieben aber auch bei manchen Menschen zurück, die die Staatsmacht nicht so

sehr als ihnen feindliches Gegenüber erlebten, sondern in die Kooperation mit deren Organen ebenso systematisch wie schleichend verstrickt wurden. Die Überzeugung, im Sinne einer guten Sache zu handeln, stand nicht selten am Beginn dieser Art von Zusammenarbeit; wurde später das Ausmaß deutlicher, in welchem man dadurch an systembedingtem Unrecht beteiligt wurde, gelang es jedoch meist nicht mehr, sich daraus zurückzuziehen. Wer aber realisiert, dass er sein Handeln mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren kann, gerät in eine innere Situation, die ihn als moralisches Subjekt zu zerbrechen vermag. Wo Verdrängungsmechanismen nicht mehr weiterhelfen, kann es sehr schwer werden, mit einer solchen Situation auf Dauer zu leben. Gerade die Techniken der Verstrickung bedeuten damit einen besonders nachhaltig schädigenden "Angriff auf die Seele".

Am Phänomen der Verstrickung wird zudem deutlich, wie sehr etlichen Zusammenhängen, in denen Menschen sich vorfinden, tragische Züge zukommen. Der Versuch, im eigenen Handlungsrahmen Unrecht und Leid wenigstens zu mindern, konnte darauf hinauslaufen, auf andere Weise dem Unrecht aufzuhelfen. Erfahrungen von Ausweglosigkeit und Ohnmacht prägen die Erinnerung unzähliger Menschen, zugleich damit ihr Lebensgefühl in der Gegenwart.

Dem stehen manche Indifferenz auf Seiten derer, die in diese Rolle nicht gerieten, sowie die Rechtfertigungsstrategien der Verantwortlichen für das geschehene Systemunrecht gegenüber. Solche Strategien beruhen nur teilweise auf ideologischen Begründungsmustern; vielmehr muss beunruhigen, in welchem Ausmaß ein Handeln, das zur Zerstörung einer Persönlichkeit geführt haben kann, als unter den obwaltenden Systemzwängen konsequent und unvermeidlich interpretiert und womöglich subjektiv tatsächlich so wahrgenommen werden kann. So lässt sich die Erfüllung der jeweiligen funktionalen Aufgabe im Systemzusammenhang mit der Überzeugung verbinden, persönlich keine unehrenhaften Motive gehabt und im Einzelfall vielleicht sogar manche Milderung bewirkt zu haben.

8 Unrecht Erinnerung

Erinnerung – Gerechtigkeit – Versöhnung

Die Folge besteht in einer tiefgreifenden Zäsur der Lebenswelten, die Menschen, die zu Opfern von Systemunrecht wurden, von jenen trennt, die dieses verantworten oder stillschweigend akzeptierten. Letzteren gelingt es meist, nach Wendezeiten in der unter neuen politischen Vorzeichen entstehenden gesellschaftlichen Realität wieder Fuß zu fassen. Menschen, die unter den Systembedingungen der Diktatur ausgegrenzt und verfolgt wurden, sehen sich dagegen erneut marginalisiert und von der großen Mehrheit weitgehend isoliert, schon deswegen, weil kaum jemand von ihren Erfahrungen und ihrer Lebenssituation Kenntnis nehmen will, der diese nicht selbst in ähnlicher Weise leidvoll erfahren hat.

In einer solchen Situation verbietet es sich, Kategorien wie diejenigen der Vergebung und der Versöhnung kirchlicherseits vorschnell in einen politisch-ethischen Gesprächszusammenhang einzuführen. Aufarbeitung von Systemunrecht muss sich an der Trias "Erinnerung – Gerechtigkeit – Versöhnung" orientieren. Dabei gilt es zu vermeiden, dass die Bedeutung, die dem Bemühen um eine authentische Erinnerung an das Geschehene und dem Streben nach Linderung der Folgen erlittenen Unrechts zukommt, von der Versöhnungsfrage her relativiert wird: Auch wo letztere bis auf weiteres offen steht, haben solche Bemühungen einen unverzichtbaren Eigenwert. Denn die Arbeit daran, zu authentischem, also nicht selektivem und damit verfälschendem Erinnern vorzudringen, beugt nicht nur der späteren Legendenbildung vor. Vielmehr ist sie selbst ein Beitrag dazu, ein Stück Gerechtigkeit für die Opfer von Unrechtsstrukturen und -handlungen zu schaffen und ihre verletzte Würde wieder aufzurichten: indem verhindert wird, dass die Verursachungsfaktoren und Verantwortlichkeiten für das ihnen zugefügte Leid dem kollektiven Vergessen anheimfallen.

Opfer einbeziehen

Zu den Aufgaben wiederherstellender Gerechtigkeit gehört es, jenseits individueller Rehabilitierungen und Entschädigungen die gesellschaftliche Situation von Opfern zu verändern, indem sie aus der von ihnen empfundenen Isolation befreit und aktiv in den Prozess der gesellschaftlichen Aufarbeitung einbezogen werden. Denn nicht zu-

letzt wird diese Wahrnehmung dadurch verstärkt, dass es ihnen unmöglich ist, über das Erlittene zu sprechen – sei es, weil die Tiefe der eigenen Verletzungen dies verwehrt, sei es, weil die lebensweltlichen Plausibilitäten der Gegenwart hierfür keinen Ort mehr zu bieten scheinen. Durch Zeitzeugengespräche, öffentliche Ehrungen der Opfer, Gedenkstättenarbeit, historisch wie didaktisch mit Sorgfalt konzipierte Publikationen, Medienarbeit und überhaupt die Thematisierung dieser Problematik im Bereich von Erziehung und Bildung kann es gelingen, geeignete Formen kollektiven Erinnerns zu entwickeln und sie zugleich vor politischer Manipulation zu schützen. Sie lassen sich im weiteren Sinne als Akte der Rehabilitation und der Entschädigung ansehen. Denn sie zielen darauf, gegen das allmähliche Vergessen anzuarbeiten, das über Zeit die Opfer ein zweites Mal zu Opfern werden lässt.

Geschützte Räume

In diesen Zusammenhang sind auch konkrete, in der karitativen bzw. diakonischen Arbeit der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland realisierte psychosoziale Hilfsangebote für Menschen zu stellen, die durch die Erfahrungen von politischer Repression traumatisiert wurden. Die Beratungstätigkeit im Rahmen dieses Projekts, die seit 2004 dezentral in den ostdeutschen Bundesländern durchgeführt wird, will den Betroffenen einen "geschützten Raum" eröffnen, in dem sie Formen der alltagspraktischen Lebensbewältigung zu entdecken und die dazu notwendigen Kraftressourcen in sich zu erschließen vermögen. Dieses niedrigschwellige Angebot kann auch solche Menschen erreichen, deren Kirchenbindung weniger stark ausgeprägt ist oder gänzlich fehlt. Der bisherige Verlauf der Beratung zeigt den Bedarf an solcher Hilfe auf. Es ist daher dringend zu wünschen, dass sie auch künftig bereitgestellt werden kann.

| Prof. Dr. Thomas Hoppe

Professor für katholische Theologie, Universität der Bundeswehr, Hamburg

(Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung aus der gemeinsam von Renovabis und ZdK herausgegebenen Zeitschrift "Ost-West Europäische Perspektiven" 12. Jahrgang 2011, Heft 2, das sich dem Themenschwerpunkt "Bleibende Wunden – Psychische Folgen des Kommunismus" widmet.)

Bürgerschaftliches Engagement von Katholiken

Eine Initiative von ZdK-Mitgliedern

Spätesten seit dem Urteil des Bundesgerichtshofs zur Präimplantationsdiagnostik (PID) vom 6. Juli 2010 hat in Deutschland eine intensive Debatte über eine gesetzliche Regelung begonnen. In diesen Tagen steht die Beschlussfassung über drei im Deutschen Bundestag eingebrachte Gesetzentwürfe an. Offen ist, wie sich die Abgeordneten mehrheitlich entscheiden werden: für ein grundsätzliches gesetzliches Verbot, wie es das ZdK im November 2010 gefordert hatte, für eine an stricte Bedingungen geknüpfte und begrenzte Zulassung oder die Freigabe. An der gesellschaftlichen Debatte haben sich Katholiken intensiv beteiligt.

Gleich, wie die Entscheidung ausfällt, kann man schon heute feststellen, dass die gesellschaftliche und politische Debatte mit großer Ernsthaftigkeit und unter breiter Beteiligung der Medien, vor allem aber auch der Bürger geführt wurde. Sie hat dazu geführt, dass ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Probleme entstanden ist, die mit der Entscheidung für oder gegen PID verbunden sind. Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung daran, wie schnell die Beurteilung der Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, es gäbe nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs keinen Handlungsbedarf, vom Tisch war.

Von Beginn an haben sich katholische Verbände, Initiativen und die Laienräte in den Bistümern, angeregt auch durch die frühe Meinungsbildung im ZdK, intensiv an der öffentlichen Debatte beteiligt. Beispielhaft ist eine Initiative der ZdK-Mitglieder aus dem Diözesanrat der Erzdiözese Bamberg.

Bamberger Initiative

Im März dieses Jahres haben sich die drei Diözesanratsvertreter aus dem Erzbistum Bamberg, Franz Eller, Alfons Galster und Dr. Helmut Täuber, in einem Brief an die 23 Bundestagsabgeordneten gewandt, die die Wähler aus dem Gebiet der Erzdiözese Bamberg vertreten. Ziel dieses

Schreibens war es, sachliche Informationen zur Präimplantationsdiagnostik an die Hand zu geben, zu begründen, warum sie sich für ein gesetzliches Verbot einsetzen, und hierzu ein Gespräch anzubieten. "Uns ging es darum, die Menschen, die im Bundestag über die PID zu entscheiden haben, persönlich zu erreichen", betont Helmut Täuber. "Deshalb sind wir ganz bewusst diesen persönlichen Weg gegangen und haben dafür nicht die Öffentlichkeit gesucht. Wir wollten einen echten Dialog, frei von öffentlichem Druck."

Auf den Brief hätten 11 Abgeordnete sehr schnell und meist sehr fundiert geantwortet, berichtet Täuber. Die restlichen 12 habe er nach einer Frist von drei Wochen telefonisch oder per Mail erneut um eine Antwort gebeten. Bis auf zwei hätten sich dann auch alle zurückgemeldet, diese zwei hätten sich bis heute nicht gemeldet. "Sehr erfreulich war, dass wir mit sechs unserer Bundestagsabgeordneten ein persönliches, ausführliches und konstruktives Gespräch führen konnten", so Täuber. "In einem Fall wurden wir auch zu einer öffentlichen Diskussionsrunde eingeladen, bei der ein ausdrücklicher Befürworter einer Zulassung von PID vertreten war."

Fazit

Nach den Gesprächen gehen die ZdK-Mitglieder aus Bamberg davon aus, dass sich von den 23 Bundestagsabgeordneten elf definitiv für ein gesetzliches Verbot von PID entscheiden werden, drei seien entschieden für eine Zulassung, die restlichen seien wohl noch unentschieden. "Unser Gespräch und die öffentliche Diskussionsrunde machte drei Abgeordnete so nachdenklich, dass sie möglicherweise für das PID-Verbot stimmen werden", resümiert Täuber. Erfreut zeigt er sich darüber, mit welcher Ernsthaftigkeit und Bereitschaft zum Dialog das Gesprächsangebot von den Abgeordneten angenommen wurde. Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung im Deutschen Bundestag sei es für ihn wichtig gewesen, dass katholische Christen in ihrem politischen und gesellschaftlichen Engagement als ernsthaft und fundiert argumentierende Partner wahrgenommen wurden. "Als Katholiken wollen wir nicht nur den offenen Dialog in unserer Kirche, sondern auch mit allen Kräften in der Gesellschaft."

| [Theodor Bolzenius](#) |
Pressesprecher des ZdK

Von Schafen und Hirten

Zum Verhältnis von Laien und Priestern

In diesen Tagen beginnt in Mannheim mit der Auftaktveranstaltung "Im Heute glauben – wo stehen wir?" der von der Deutschen Bischofskonferenz beschlossene Gesprächsprozess über den Glauben und die Zukunft der Kirche. Teil des weiteren Prozesses ist der in der Gemeinsamen Konferenz von ZdK und Deutscher Bischofskonferenz vereinbarte Dialog über das Verhältnis von Laien und Priestern in der Kirche. Stefan-B. Eirich, Rektor im ZdK und Mitglied in der diesen Dialogprozess vorbereitenden Arbeitsgruppe, legt hierzu einige grundsätzliche Überlegungen vor.

Längst hatte ich die freche Spruchkarte nach dem dritten Umzug innerhalb weniger Jahre für verloren geglaubt – nun ist sie mir wieder tägliche Mahnung. Freunde hatten sie mir zu meinem Dienstantritt als Geistlicher Leiter eines Bildungshauses am bayrischen Untermain geschenkt, und seither hat sie mich als Pfarrer, dann als Stadtdekan von Aschaffenburg und als Rektor des dortigen Martinushauses begleitet. Ihre Botschaft gilt auch dem Rektor im ZdK: "Bei Licht besehen sind Leithammel auch nur Schafe".

In unverschämter Direktheit fordert sie mich dazu auf, als "Hirte" meine Rolle immer wieder auf bequeme Einseitigkeiten hin zu überprüfen und darüber hinaus grundsätzlich über die vermeintlich ewige Aufgabenverteilung im Volk Gottes zwischen "Hirten" und "Schafen" nachzudenken. Stutzig sollte ich bereits bei einem Blick in die Heilige Schrift werden. Was dort mit "Herde" respektive "Schafen" gemeint ist, darüber herrscht kaum Dissens. Hinsichtlich des Hirten liegt eine erste Problemanzeige vor: Die Evangelien sprechen vom "Guten Hirten" nur in der Einzahl und beziehen dieses Bild auf Gott beziehungsweise auf Jesus Christus. Trotzdem hat sich mit dem Ende des ersten Jahrhunderts schon sehr früh für das kirchliche Leitungsamt das Bild des Hirten etabliert (vgl. Eph 4 und Joh 21).

Bildworte

Die richtigen Schwierigkeiten beginnen dort, wo in Vergessenheit gerät, dass es sich beim "Hirten" genauso wie bei den "Schafen" um Bildworte handelt. Hieraus resultiert dann beispielsweise das Problem, dass sich ein Kirchenhirte zu sehr über seinen Führungsanspruch definiert und das Wohl und Wehe der Herde seinem Herrschaftswissen unterliegt. Aber nachfolgend geht es vor allem um die Chancen für eine Weiterentwicklung des Hirtenverständnisses, die ein Abgleich von Bild und Realität bieten kann.

Hirtenarbeit

Ein guter Freund und römischer Studienkollege hatte auf seinen zahlreichen Reisen und Weitwanderungen durch entlegene Gebiete Südosteuropas und des Orients schon oft Gelegenheit, wirkliche Hirten bei ihrer Arbeit zu begleiten und mir vielfach darüber berichtet. Die wichtigste Erkenntnis, die ich hierbei gewonnen habe, ist die, dass der Hirte seiner Herde normalerweise nicht vorangeht, sondern immer hinterher.

Der Herde voranschreitende und ihre Richtung bestimmende Hirten gibt es nur zweimal: zum einen den göttlichen Hirten in der Heiligen Schrift; zum anderen im Extremfall Wüste, wo die Herde offenbar auf das überlieferte Orientierungswissen des Hirten angewiesen ist. Aber die Funktion des göttlichen Hirten ist einmalig und die Wüste nicht der Normalfall für eine Herde. Hirten versichern jedenfalls auf laienhafte Fragen nach ihrer "Leitungsaufgabe" lachend, dass ihre Tiere in aller Regel schon selbst wüssten, wo sie das beste Futter fänden; zumindest gebe es in jeder Herde einige dafür besonders begabte Leittiere, denen die anderen dann folgen. Die Aufgabe der Hirten besteht also gerade nicht darin, Wege und Tempo der Herde zu bestimmen. Sie treten vielmehr erst gegen Abend in Aktion, wenn es gilt, die Herde vor dem Einbruch der Nacht rechtzeitig zu sammeln und in die sicheren Gehege heimzurufen. Ansonsten versuchen die Hirten lediglich, die Herde so zu koordinieren, dass sie sich nicht allzu weit verstreut. Denn es gibt immer ein paar Tiere, die für Irritation sorgen, weil sie beinahe notorisch andere Wege suchen als die erfahreneren Leittiere. Am schwierigsten ist der Umgang mit den langsamen Tieren: jene, die aus Krankheit oder Schwäche

Kirche Dialogprozess

nicht mithalten können; sowie jene, die einfach faul und träge sind und nicht mit der Herde weiterziehen wollen, weil sie sich lieber mit den alten Futterplätzen begnügen – die brauchen ab und zu einen Tritt. Denn jeder gute Hirte weiß: Eine Herde darf nie zu lange am selben Platz weiden, weil sie sonst die eigenen Ausscheidungen mitfräße und davon krank würde.

Perspektivwechsel

Was könnte das für unsere Kirche in einer Krisenzeit, die von den ebenso zaghaften wie zerbrechlichen Hoffnungen auf den Dialog zwischen "Hirten" und "Schafen" geprägt ist, bedeuten? Was heißt dies für die katholische Kirche als ganze und ihr Bekenntnis zur eigenen Erneuerungsbedürftigkeit, was für die Katholiken in Deutschland, die 2012 in Mannheim "einen neuen Aufbruch wollen" wollen? Welche Auswirkungen hätte es auf das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der so genannten "Laien", wenn die "Hirten" wie im wirklichen Leben den besten "Riecher" für gute, Leben spendende Nahrung in aller Gelassenheit ihrer Herde zugestehen könnten?

Würde es kirchliche Amtsträger nicht enorm entlasten und ihr Hirtenamt "lebbarer" machen, wenn sie es vom Kerngeschäft der echten Hirten her verstünden: nämlich immer wieder auf die Weideplätze, d. h. in die verschiedenen Lebensumfelder der ihnen anvertrauten Menschen zu gehen und ihre Stimme hören zu lassen – aber nicht, um den Menschen voranzugehen und ihnen mit Exklusivität zu sagen, wo's lang geht und was sie zu ihrem Glück brauchen, sondern einfach, um sie immer wieder zusammenzurufen und mit der Botschaft des Evangeliums daran zu erinnern, in welcher Richtung es ein Zuhause gibt? Könnten sie nicht auf der Grundlage eines gelassenen Leitungsverständnisses mit größerem Gottvertrauen darauf achten, dass sich wirklich alle Tiere der Herde nach einem individuell höchst unterschiedlichen Tag am abendlichen Sammelplatz wiederfinden: die schnellen neben den langsameren, die wagemutigen neben den bodenständigen, die schwarzen Schafen neben den weißen. Ganz davon abgesehen, dass die "Hirten" nun mehr Zeit hätten, sich dem Teil der Herde zuzuwenden, der ihrem Blick schon lange entschwunden ist. Theologisch gesehen verbirgt sich hinter diesen Fragen nichts anderes als die Erkenntnis, dass, je ernster man den Laien, seine ureige-

ne Berufung zur Heiligkeit und sein in der Taufe begründetes unverwechselbares Apostolat sowie seinen "Glaubensriecher" nimmt, sich desto problemloser die Identität der "Hirten" erschließt. Sie besteht im Kern in der lebendigen Vergegenwärtigung des einen wirklichen Hirten als dem elementaren Dienst an der Würde und Berufung der "Schafe".

Worin lägen die Konsequenzen für die "Schafe"? So viel sei stellvertretend für viele andere Überlegungen angedeutet: der in Teilen der Herde zu beobachtende Hang, Hirten zu lebensbestimmenden Kultfiguren mit umfassender Autorität zu stilisieren, bedürfte dringender denn je einer kritischen Überprüfung. Bedenklich scheint freilich genauso ein reines Versorgungsdenken nach dem Motto "der Hirte wird's schon richten". Umgekehrt sind jedoch "Hirten" in den Blick zu nehmen, die diese Tendenz im Sinne der eigenen Selbststilisierung fördern bzw. ihr autoritatives Selbstverständnis den ihnen anvertrauten "Schafen" regelrecht aufnötigen.

Gemeinsamer Gestaltungsauftrag

Es geht um ein völlig neues Verhältnis von "Schafen" und "Hirten", von Getauften, Gefirmten, Gesendeten und Geweihten! Die (wieder)entdeckte Kompetenz der "Schafe" verstand und versteht sich bis heute nicht als Konkurrenz zum klassischen Hirtenverständnis. Anstatt eines Ringens um Machtverteilung mit der Gefahr klerikaler Fixierungen auf beiden Seiten muss endlich ein Bewusstsein für den gemeinsamen Gestaltungsauftrag in der Kirche um sich greifen! An die Stelle der überkommenen Bilder von "Hirten" und "Schafen" könnte dann die Vision einer katholischen Kirche als weltumspannende Gemeinschaft glaubender Menschen treten, die Ämter und Aufgaben in ihren Reihen als Aufträge füreinander begreifen, nach außen hin aber zusammen als Helfer für die Menschen handeln.

| **Stefan-B. Eirich**
Rektor im ZdK



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Projekt: "in9monaten.de"

Rihanna, die Mutter von Manu weiß, noch nicht, ob ihr Sohn das tödliche HI-Virus in sich trägt. Manu ist erst 4 Wochen alt und die Ungewissheit ist für Rihanna entsetzlich. Was, wenn sie ihren Sohn angesteckt hat? Doch Rihanna hat weder die 30 Rupien für eine Fahrt in die nächste Kreisstadt, noch Geld für den aufwendigen virologischen Test, der bei Säuglingen nötig ist. Manus Mutter lebt in Indien. Ob Manu trotzdem getestet werden kann, darüber entscheiden Facebook-User aus Deutschland. Denn Manu ist ein virtuelles Baby, in die Welt gesetzt vom Aktionsbündnis gegen AIDS, einem deutschlandweiten Zusammenschluss von Kirchen und Hilfsorganisationen. In der aktuellen Kampagne macht das Aktionsbündnis auf jene 1000 Kinder pro Tag aufmerksam, die sich bei ihren Müttern mit HIV anstecken.

Dass es in Deutschland nur knapp 300 HIV-positive Kinder gibt, haben wir unserem guten Gesundheitssystem zu verdanken. Denn der Kampf gegen HIV-positive Babys kann schon mit wenigen günstigen Maßnahmen geführt werden. Eine einmalige Dosis von Medikamenten während der Schwangerschaft, eine Kaiserschnittgeburt und Milchersatzpulver sind dafür notwendig. Was in Deutschland recht gut funktioniert, ist in Indien oder im südlichen Afrika ein Problem. Dabei sind die Folgekosten für die Gesellschaft viel höher, wenn Kinder geboren werden, die ihr Leben lang auf Medikamente angewiesen sind. Beobachten kann man dies im Don Bosco Zentrum

in Nilavarapatti, einer Kleinstadt in Südindien, in der Nähe von Salem. Knapp 90 Jungen zwischen 12 und 24 Jahren werden hier medizinisch betreut und lernen einen Beruf. Ihre Existenz ist ein kleines Wunder. Wer von Geburt an HIV-positiv ist, schafft es in den seltensten Fällen älter als 6 Jahre zu werden. Die Schüler der Don Bosco Schule kommen alle aus extrem armen Familien. Prostitution und Drogen haben ihre Kindheit geprägt.

Für Mütter und Kinder mit HIV wird immer noch zu wenig getan. Nicht nur in Indien, auch in Deutschland. So gibt es nur wenige Medikamente, die sich auch für Kinder eignen. Für Kinder müsste es Säfte und Zäpfchen geben, die auch ohne Kühlschranks haltbar sind. Doch mit Menschen wie Rihanna lässt sich kein Geld verdienen. Dabei hatte die internationale Staatengemeinschaft versprochen, bis 2015 allen Menschen Zugang zu Präventions- und Aufklärungsprojekten und zu medizinischer Versorgung zu garantieren. Erst nachdem Organisationen wie das Aktionsbündnis gegen AIDS Druck ausübten, erinnerte sich die Regierung an ihre Versprechen.

Aktuell bekommen nur 14% aller HIV-infizierten Kinder weltweit überhaupt lebensrettende Medikamente. Manu ist ein virtuelles Opfer einer globalen Epidemie. Er steht stellvertretend für viele reale Babys, die keine Unterstützung erhalten und HIV-positiv auf die Welt kommen. Wie Natti und Jeval, die heute im Don Bosco Zentrum im indischen Salem leben. Bisher hat das Aktionsbündnis knapp 12.000 Unterschriften gesammelt, die die Kampagne "in9monaten.de" unterstützen. Darin fordert das Bündnis die Bundesregierung auf, sich für den Universal Access einzusetzen und ihre Partnerländer dabei zu unterstützen, Gesundheitsstandards und Behandlungsrichtlinien umzusetzen. Ihre Unterschrift fehlt noch ... Unterstützen Sie die Kampagne www.in9monaten.de oder besuchen Sie die Kampagne bei Facebook.

| Ulla Fricke |
Don Bosco Mission

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite: www.zdk.de/salzkoeerner